

Heiko Geiling

Landtagswahl in Niedersachsen 2008 – Epilog oder Neuanfang?

Die Verarbeitung der Landtagswahlergebnisse des Frühjahrs scheint noch lange nicht abgeschlossen zu sein. Die weitgehend ohne Grundsatzdiskussionen – dies insbesondere bei den Grünen – etablierte schwarz-grüne Koalition in Hamburg liefert Stoff für Spekulationen über die Zukunft des ehemals grünen Projekts. Zudem ist die politische Abwahl der CDU-Regierung und der rechtslastigen FDP in Hessen nach wie vor ungewiss, weil die Alternative von SPD, Grünen und Die Linke vor dem Hintergrund eines anhaltenden sozialdemokratischen Attentismus blockiert ist. Insbesondere Hessen liefert damit Stoff für Spekulationen über die Zukunft der SPD. An dieser Zukunft wird nun offenbar auch in Niedersachsen gearbeitet, wenn auch weitgehend unbemerkt außerhalb der niedersächsischen Landesgrenzen, zumal am erneuten Wahlsieg der CDU um Christian Wulf bereits vor der Wahl im Januar 2008 kaum Zweifel bestanden hatten und auch im Wahlkampf der Landes-SPD keine stimulierenden Signale des Aufbruchs zu erkennen gewesen waren. Die nach 2003 erneute Wahlschlappe der SPD in Niedersachsen 2008 mündete nun in die Einrichtung einer parteiinternen „Zukunftskommission“ und in einen noch nicht ausgestandenen Streit um eine angemessene Organisationsstruktur der Landespartei abseits der auch als „Fürstentümer“ verstandenen mächtigen Bezirksgliederungen. Allerdings scheinen Zweifel angebracht zu sein, ob damit in der SPD nun endlich jene inhaltlich-politischen Diskussionen geführt werden, die nach dem ersten Wahldebakel von 2003 peinlichst vermieden worden waren, oder ob hier nicht eher im technokratischen Politikverständnis auf die pure Not finanzieller Einbußen, Mitgliederverluste und erodierender Parteiapparate reagiert wird.

Der Niedergang einer Landespartei

Der Niedergang der niedersächsischen SPD lässt sich entlang der Wahlergebnisse der Landtagswahlen seit 2003 nachvollziehen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass kaum eine andere sozialdemokratische Landespartei so stark an die Person und an die Politik von Gerhard Schröder gebunden gewesen war wie die in Niedersachsen. Seit 1998, mit dem grandiosen Sieg bei der Landtagswahl unter dem Motto „Ein Niedersachse muss Kanzler werden“ und der unmittelbar anschließenden Ablösung Helmut Kohls auf Bundesebene durch Schröder, Lafontaine und Fischer, hatten die niedersächsischen Sozialdemokraten aufgehört, Landespolitik zu betreiben. So jedenfalls war der öffentlich vermittelte Eindruck, wenn an

Stelle von Wilhelmshaven, Bentheim, Lüchow oder Hannoversch Münden die Bundeshauptstadt Berlin zum Bezugspunkt der SPD-Landesregierung mutierte. Schröder hatte 1998 seinen parteiintern erkorenen Ministerpräsident-Nachfolgern Glogowski und Gabriel ein Erbe hinterlassen, mit dem diese in jeder Beziehung überfordert waren. Sich weitgehend auf der neoliberal gefärbten politischen Achse Hannover-Berlin bewegend, waren sie nicht in der Lage, ein nachhaltiges sozialdemokratisches Profil der Landespolitik zu entwickeln.

Die niedersächsische Quittung erfolgte 2003 mit der sang- und klanglosen Ablösung Gabriels durch den Christdemokraten Wulf. Gabriel, sein treuester Minister Oppermann und etliche weitere Landespolitiker zogen scheinbar unbeschadet die Berlin-Karte und ließen eine weitgehend verunsicherte Landespartei zurück, die angesichts der anhaltenden Fixierung auf die Bundespolitik keine rechte Einstellung zur neuen Oppositionsrolle fand. Allein die gründliche Analyse und, wenn auch schmerzhaft, Diskussion des desaströsen Wahlergebnisses von 2003 hätte – wie in Hessen von Andrea Ypsilanti in der Ablehnung der Schröder-Politik vorexerziert – zur Neuaufstellung der Landespartei in Niedersachsen beitragen können. Nicht zur Kenntnis genommen wurde vor allem die in den noch immer den Kern der sozialdemokratischen Wählerschaft bildenden respektablen Milieus der Arbeitnehmer herrschende Verunsicherung angesichts sozial belastender Zumutungen bei Rente, Gesundheit, Bildung und Arbeitsrecht. Überdurchschnittlich viele dieser Gruppen blieben der Wahl fern. Ebenfalls nicht zur Kenntnis genommen wurde der von Hoffnungslosigkeit gekennzeichnete Zustand der wachsenden Zahl der Arbeitslosen und der auf Sozialtransfers Angewiesenen, die – ohnehin an Wahlen wenig interessiert – bisher immer noch der SPD verbunden gewesen waren, 2003 aber ihre verbliebenen Hoffnungen auf die CDU lenkten. Gleichsam im Widerspruch zu ihrem Gefühl, eigentlich bei der SPD besser aufgehoben zu sein, lehnten sie sich aus purer Hoffnungslosigkeit an die vermeintlich Stärkeren an. Unbeachtet blieb auch das ausgeprägte Desinteresse und die Politikerverdrossenheit bei den jüngsten Wählern. Abgesehen von den Kindern aus bürgerlich-konservativen Milieus, die grundsätzlich bei Wahlen mobilisierungsbereit sind und 2003 erstmals für eine CDU-Mehrheit in der jüngsten Altersgruppe sorgten, war kaum noch jemand an der Wahl interessiert. Wenn selbst Eltern und Großeltern der Wahl fern blieben, wie sollten dann gerade die verstärkt auf gesellschaftliche Zukunftsperspektiven angewiesenen jungen Angehörigen der Arbeitnehmersmilieus motiviert gewesen sein? Ohne Beachtung blieb die Wechselbereitschaft jener modernisierten und höher qualifizierten Arbeitnehmersmilieus, die schon 1994 und vor allem 1998 auf die Schröder-SPD gesetzt

hatten, um die gesellschaftlichen Blockaden der Kohl-CDU aufzubrechen. Sie repräsentieren den bisher von sozialer Prekarität verschonten Kern der von ihrer Herkunft arbeitnehmerisch orientierten „Neuen Mitte“. Zwar ist ihnen bei aller Leistungsbereitschaft jeglicher Sozialdarwinismus fremd, jedoch wussten sie zu unterscheiden, ob und wie Politik kompetent und glaubwürdig agiert. Sie wandten sich – frei nach dem Motto: „Dann lieber das Original wählen“ – von der als indifferent wahrgenommenen SPD-Politik ab und den vermeintlich glaubwürdigeren konservativ-liberalen Strukturen zu.

Gerechtigkeit kommt wieder?

Diese Befunde führten zu einer beispiellosen Einschwärzung der politischen Landkarte Deutschland auf Grund einer nie da gewesenen Niederlagenserie der SPD in nahezu allen Landtags-, Europa- und Bundestagswahlen und in nicht wenigen Kommunalwahlen. Die sozialdemokratische politische Repräsentation in den verschiedenen gesellschaftlich-politischen Feldern war gegen Null tendiert, was auf der anderen Seite dazu führte, dass die in der ohne politische Strategie in der Notgemeinschaft der Großen Koalition agierende Bundes-SPD trotz vereinzelter Gegenströmungen wie in Hessen der übrigen Partei weiterhin den von den Wählerschaften nicht akzeptierten Stempel der Agenda-Politik aufdrücken konnte. In Niedersachsen, wo sich mit Wolfgang Jüttner einer der wenigen verbliebenen Landespolitiker, jedoch ohne innerparteiliche Gegenkandidatur und ohne politische Aufarbeitung der Negativserie der SPD, zur Landtagswahl im Januar 2008 stellte, kam es prompt zu einem erneuten Desaster. Mehr oder minder nur halbherzig aus den Bezirken der eigenen Landespartei unterstützt – der junge Landesvorsitzende Duin hatte schon frühzeitig auf sein Bundestagsmandat in Berlin gesetzt – und ausgestattet mit einem konturlosen Schattenkabinett und dem wenig eindeutigen Slogan „Gerechtigkeit kommt wieder“ konnte Jüttner 2008 das Wahlergebnis gegenüber 2003 allenfalls verschlimmbessern. Nur noch 57 % der niedersächsischen Wählerschaft – 10 % weniger als noch 2003 – beteiligten sich an der Landtagswahl: ein historischer Tiefstand, der die „Partei der Nichtwähler“ auf 2,6 Millionen Stimmen anwachsen ließ. Gemessen an den Zweitstimmen verlor zwar die CDU (42,5 %) gegenüber 2003 ca. 470.000 Wähler, jedoch konnte die SPD (30,3 %) davon nicht profitieren und verlor ihrerseits ca. 295.000 Stimmen. Der FDP (8,2 %) mit ca. 44.000 Stimmen weniger und den Grünen (8,0 %) mit Verlusten von ca. 31.000 Stimmen erging es nicht anders, während allein Die Linke (7,1 %) mit zusätzlichen ca. 222.000 Stimmen zu den Wahlgewinnern zählte und erstmals in den Landtag einzog. Allein in der Region Hannover

musste es die SPD hinnehmen, zwischen 1998 und 2008 die Hälfte ihrer Wählerschaft zu verlieren. In vielen anderen Regionen des zweitgrößten Flächenlandes Deutschlands erging es den Sozialdemokraten nicht anders. Statt die 2003 verloren gegangenen Wählergruppen zurück zu gewinnen, wurden 2008 weitere Wähler verloren. Einerseits in den ohnehin schon verprellten sozialdemokratischen Kernmilieus traditioneller und moderner Arbeitnehmer, die in noch größerer Zahl als zuvor der Wahl fernblieben, andererseits in den jüngeren und zumeist urbanen Milieus, die auf Kosten der SPD und den Grünen Die Linke wählten.

Was nun?

Auch fünf Jahre nach 2003 lehnt ein Großteil der Wählerschaft die Berliner Reformpolitik und damit insbesondere die Politik der Bundes-SPD ab. Sozialwissenschaftler sprechen von erschöpften Legitimationsreserven des neoliberalen Politikmodells, während wirtschaftsliberale Konservative, wie Roman Herzog, auf die vermeintliche Uneinsichtigkeit des Volkes in weiterreichende sogenannte Reformen mit Wählerbeschimpfungen reagieren. Erstaunlich ist nur das anhaltende Fortwirken jener Kräfte in der SPD, die am liebsten Roman Herzogs autoritären Untertönen beipflichten würden. Trotz der für die SPD katastrophalen Wahlergebnisse seit 2000 als Reaktion auf die von der rot-grünen Regierung unter Schröder und Fischer initiierten Politik der Aushöhlung des Sozialstaats und der steuerlichen Umverteilung zu Gunsten von Großunternehmen und höheren Einkommensklassen setzt die großkoalitionäre SPD ihre Politik weiter fort. Sie glaubt sogar, dies mit dem Konjunkturaufschwung seit 2006 rechtfertigen zu können, kann aber damit – wenn überhaupt – nur bei jenen gesellschaftlichen Eliten punkten, die Modernisierung schon immer auf Kosten wachsender sozialer Polarisierung betrieben haben. Hinzu kommt die entstandene Bitterkeit im sozialdemokratischen Umfeld, wenn durchaus akzeptable familienpolitische Ideen der Großen Koalition nicht von der SPD ausgehen, sondern von der CDU, obwohl gerade sozialdemokratische Frauen jahrzehntelang dafür gestritten hatten, jedoch innerparteilich damit immer in die „Gedöns“-Ecke verwiesen worden waren. Selbst das beim SPD-Programmparteitag 2007 in Hamburg auf Betreiben des Vorsitzenden Kurt Beck signalisierte Eingeständnis einer weitgehend gescheiterten politischen Strategie der kalten gesellschaftlichen Modernisierung konnte nur halbherzig erfolgen, weil die Einbindung in die Große Koalition ebenso wie die offenbar mangels personaler Alternativen unveränderte technokratische Funktionselite der Partei es verhinderten, eine offensive Symbolik des Neuanfangs zu vermitteln. Wenn also dieser angedeutete Strategiewechsel bisher noch nicht

einmal der eigenen Partei gegenüber vermittelbar gewesen ist, weil die innerparteilichen Kämpfe weitgehend unsichtbar und über die Medien nur in verzerrter Form ausgetragen werden, ist auch nicht zu erwarten, diesen vermeintlichen Wechsel rechtzeitig und glaubwürdig in die nach wie vor gegenüber der SPD indifferenten Wählerschaften hinein vermitteln zu können. Für die sozialdemokratische Partei bleibt noch viel zu tun, wenn sie in Zukunft wieder Wahlen gewinnen will. Sie muss sich insbesondere der Frage stellen, wie sie mit den bisher zumeist heruntergespielten Mitgliederverlusten umgehen will, zumal die noch verbliebenen lokalen Kader und Mitglieder vor Ort in den letzten zehn Jahren weitgehend verprellt und verschlissen worden sind. Ohne diese Parteiaktivisten wird die SPD als Volkspartei keine Zukunft haben können, weil noch immer sie es sind, die als Kümmerer in der Lage sind, notwendige Anlehungs- und Klientelbeziehungen zu pflegen, um trotz verstärkter sozialer Polarisierungen in der Gesellschaft noch so etwas wie innere Bindungen zwischen Partei und Teilen der Wählerschaft zu ermöglichen. Vor allem wissen sie, dass die Wählerschaften nicht ohne Strukturen und Traditionen sind und insbesondere auf von oben autoritär zugewiesene Label à la Herzog und anderen empfindlich ablehnend reagieren. Auch wenn die zunehmende Neoliberalisierung unseres Gemeinwesens diese für die Existenz von Volksparteien vorausgesetzte Form der politischen Bindung und Willensbildung erschwert, weil sie das soziale Kapital der Parteien tendenziell aufzuzehren droht und ohnehin als unmodern erscheinen lässt, muss sich die SPD fragen, welche Alternative es gibt. Weder das amerikanische Marktmodell der Demokratie noch die italienische Berlusconisierung der Politik werden in Deutschland Akzeptanz finden können. Insofern ist gerade der SPD im Interesse der noch verbliebenen Parteimitglieder wie nicht zuletzt auch im Interesse der noch nicht ganz abgewandten Wählerschaften zu raten, innerparteiliche Konflikte mit offenem Visier auszutragen, um darüber wieder politische Orientierung und Bindung zu ermöglichen.